

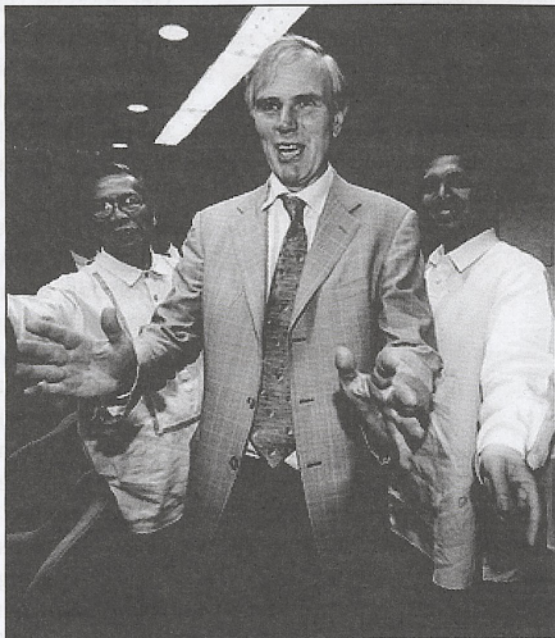
# EU fragt: »Warum kriegen wir den Melo-Bericht nicht?«

## EU-Kommissar Eneko Landaburu untersucht politische Morde

**Der Bericht der Melo-Kommission über die politischen Morde in den Philippinen lag über einen Monat unter Verschluss. Erst die Untersuchungsmissionen des UN Sonderbeauftragten für außergerichtliche Hinrichtungen Philip Alston, sowie des Generaldirektors für Außenbeziehungen der EU-Kommission Eneko Landaburu führten zur Veröffentlichung des Berichts am 22. Februar. Der Artikel erschien kurz vor der Herausgabe des Melo-Berichts.**

**Cynthia Balana, Fe Zamora, Gil C. Cabacungan Jr.**

Die EU will weitere Informationen über einen Bericht der Melo-Kommission, in dem die Morde an Journalisten und linken Aktivisten untersucht werden und dessen Herausgabe Präsidentin Arroyo jedoch verweigert, einholen. Eneko Landaburu, der Generaldi-



Gute Miene, böses Spiel: der UN-Sonderbeauftragte Philip Alston wurde nach seiner Untersuchungsreise von hohen philippinischen Regierungsvertretern als von maoistischen Organisationen »gehirngewaschen« bezeichnet.

Quelle: news.yahoo.com/photo

rektor für Außenbeziehungen der EU-Kommission, traf am 15. Februar mit Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo zusammen, um die Umstände der Weigerung aufzuklären.

»Ich werde Ihre Präsidentin treffen, um genau diese Frage zu diskutieren, und dann werden wir sehen [wie die Entscheidung der EU ausfallen wird]«, sagte Landaburu Reportern am Rande der Einführung des 750 Millionen Peso schweren Mindanao Gesundheitsprogramms im Auswärtigen Amt in Manila.

»Momentan warten wir auf mehr offizielle Informationen. Ich hoffe, dass es möglich ist morgen über die nötigen Informationen zu verfügen, um den Inhalt des Berichtes einschätzen zu können und gegebenenfalls eine Antwort vorzubereiten«, so Landaburu weiter.

Die Präsidentin hatte die Hilfe der EU bei der Untersuchung der weiterhin stattfindenden politischen Morde angestrebt. Die EU äußerte, dass sie eine Kopie des Berichtes bräuchte, um entscheiden zu können, wie eine solche Hilfe aussehen könne.

Dabei »wäre es am besten, wenn man die Informationen von Frau Arroyo selbst erhalten könne«, so Alistair MacDonald, der Leiter der Delegation der Europäischen Gemeinschaft in Manila. »Wir verlassen uns nicht auf Informationen von Dritten«, sagte MacDonald in Bezug auf Äußerungen des Staatssekretärs Eduardo Ermita.

Ermita hatte zuvor gesagt, dass der 89-seitige Report »unter keinen Umständen vollständig« sei, da Präsidentin Arroyo die Kommission unter der Führung des ehemaligen Obersten Richters Jose Melo angewiesen hätte, mit ihrer Arbeit fortzufahren.

Daher, so Ermita, könne der *Malacañang*<sup>1</sup> weder der EU noch Philip Alston Kopien zur Verfügung stellen. Alston befindet sich auf einem zehntägigen Besuch in den Philippinen.

Der Artikel erschien am 16. Februar im Philippine Daily Inquirer und wurde von Hanno Jentzsch aus dem Englischen übersetzt.

Der Bericht ist bis jetzt noch nicht veröffentlicht worden. Laut Melo werden darin aber der pensionierte General Jovito Palparan und andere Militärkommandeure, da sie das Kommando innehatten, für die politischen Morde verantwortlich gemacht.

### Arroyo unter Beobachtung

Als einer der Mitglieder der diplomatischen Gesandtschaft, die an dem zweistündigen Treffen mit der Melo-Kommission teilnahm, sagte MacDonald zudem, dass die EU beobachten würde, wie Präsidentin Arroyo die Empfehlungen der Kommission umsetzt.

»Wir sind sicherlich sehr daran interessiert, wie die Regierung die anschließenden Aktivitäten anzugehen gedenkt«, so MacDonald.

Der kanadische Botschaftsrat Steven Rheault-Kihara sagte, der »generelle Konsens« unter den Diplomaten, die an dem Treffen teilnahmen, war, dass die Kommission »in ihren Ermittlungen sehr seriös und ehrlich« sei.

Melo unterrichtete die Diplomaten zusammen mit dem Direktor der Nationalen Untersuchungsbehörde Nestor Mantaring, dem Generalstaatsanwalt Jovenzito Juno sowie Nelia Gonzales von der *University of the Philippines* (UP) über die Ergebnisse der Untersuchungen der Morde.

Der pensionierte Richter erneuerte zudem seine Einladung an die radikale Menschenrechtsorganisation Karapatan und andere linke Gruppen, an den Anhörungen der Kommission teilzunehmen und ihr eigenes Wissen beizutragen.

»Ich lade Karapatan persönlich dazu ein, vorzutreten. Wir sind bereit, sie anzuhören«, so Melo. Bischof Juan de Dios Pueblos aus Butuan, ein Mitglied der Kommission, beschuldigte Karapatan allerdings der Arbeit der Kommission zu misstrauen.

»*Sayang Talaga* (»Es ist so schade«). Der Bericht hätte objektiver sein können. Das werfe ich ihnen vor«, sagte der Bischof in einem Telefoninterview.

### Zum Nachteil der Opfer

Laut der maoistischen Gruppe *Bagong Alyansang Makabayan* (Bayan) ist die Weigerung aus dem *Makabayan*, Alston und der EU Kopien des Melo-Berichts auszuhändigen, »zum Nachteil für alle Opfer von Menschenrechtsverletzungen«.

»Indem sie den Bericht nicht aushändigt, zeigt die Arroyo-Regierung nur ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern und ihre mangelnde Aufrichtigkeit in der Bekämpfung von staatlich geförderter Gewalt«, sagte Renato Reyes Jr., der Generalsekretär von Bayan.



Mit dem Besuch des EU-Generaldirektors für Außenbeziehungen, Eneko Landaburu, setzte die EU ein deutliches Zeichen gegen die politischen Morde.  
Quelle: euroamerica.org

Reyes betonte, dass einen Monat nach der Bekanntgabe der Übergabe des Berichtes an die Präsidentin durch die Melo-Kommission »die philippinische Bevölkerung und die besorgte internationale Gemeinschaft [immer noch] im Unklaren sind«. Er fügte hinzu, ein möglicher Grund für die Geheimhaltung wäre, dass der Bericht möglicherweise unvollständig sei und die Bekanntgabe der Übergabe des Berichtes nur dazu dienen sollte, Arroyos »sinkende Beliebtheit bei der EU« zu steigern.

Ein weiterer Grund sei die angebliche Unfähigkeit der Arroyo-Regierung, Generäle für die Tötungen verantwortlich zu machen, besonders in Zeiten vor Wahlen.

»Trotz seiner wie auch immer gearteten Schwächen hat der Melo-Bericht Generäle wie Palparan als verantwortlich für die Morde ausgewiesen. Aber es ist Wahlkampf und die Regierung will sich in dieser entscheidenden Zeit nicht gegen das Militär stellen«, sagte Reyes und fügte hinzu: »Historisch betrachtet spielt das Militär für die Wahlinteressen der Regierung eine wichtige Rolle.«

Reyes spekulierte außerdem, dass der Bericht von Hardlinern in der Regierung der Öffentlichkeit vorenthalten werde. Er führte aus, dass sich die Untersuchungsergebnisse, die einige Generäle des Mordes beschuldigen, negativ auf das Aufstandsbekämpfungsprogramm der Präsidentin auswirken könnten.

### Juan Ponce Enrile

Am Donnerstag trafen sich das Team um Alston und die EU-Gesandten mit Senator Juan Ponce Enrile, dem amtierenden Vorsitzenden des Senats-Ausschusses zum Thema Gerechtigkeit und Menschenrechte, in der Hoffnung, die Kooperation des Kongresses zu gewinnen.

In seinem Bericht an die Reporter erteilte Enrile seinen Besuchern allerdings eine Abfuhr.

»Sie fragten nach außergerichtlichen Hinrichtungen und ich antwortete ihnen, dass das eine Angelegenheit der Polizei sei und wenn es irgendeinen Anlass gäbe, korrigierend gesetzlich einzugreifen, dann würden wir das tun. Aber wir haben bereits Anhörungen zu diesem Thema gemacht und die bestehenden Gesetze sind geeignet, mit dem Problem umzugehen«, so der Architekt des philippinischen Kriegsrechts.<sup>2</sup>

Enrile erinnerte an eine ähnliche Begegnung mit einer ausländischen Menschenrechtsaktivistin während der Zeit des Kriegsrechts, die »kam, um mir einen Vortrag über Menschenrechte zu halten«.

»Ich sagte ihr: ›Sehen Sie, hatten Sie in ihrem Land schon einmal einen Aufstand zu bewältigen?‹ Sie verneinte. Also sagte ich: ›Dann halten Sie mir keinen Vortrag darüber, wie man mit einem Aufstand umzugehen hat!‹«, so Enrile.

Der Gruppe um Alston und den EU-Gesandten erzählte er dasselbe: »Ich sagte, dass dieses Problem mehr umfasst als nur die Verdächtigung anderer Leute.«

Laut dem Senator erröteten einige seiner Gäste und verstummten. Enrile fügte hinzu, dass er einem deutschen Mitglied der Gruppe sagte, genau wie in Deutschlands Strategie bei der Terroristenverfolgung »tun wir dasselbe: wir leisten Geheimdienstarbeit«.

### Einmischung von außen?

»Wir haben in diesem Land schon lange mit Aufständen zu tun, aber noch nie habe ich es zugelassen, dass sich Ausländer in meine Arbeit einmischen. Denn letztlich, wenn dieses Land untergeht, werden die in ihrem Land sicher sein und wir Filipinos sind diejenigen, die leiden müssen«, so Enrile.

Er ergänzte, wenn es ein Problem mit den unaufgeklärten Morden gäbe, »dann sollte es Sache der Leitung der jeweiligen Abteilung sein, das Problem zu lösen«.

»In meiner Zeit als Verteidigungsminister unter Ferdinand Marcos handelte ich sofort, wenn ich von einem Fehlverhalten irgendeiner Art unter Offizieren oder dem Personal erfuhr. Ich musste nicht auf eine andere Behörde warten, um die Angelegenheit anzugehen.«

Enrile fügte hinzu, dass er den Fall Palparan persönlich vorgebracht habe, als dieser von Aktivisten als *berdugo* (Schlächter) bezeichnet wurde. »Ich war derjenige, der Palparan bei einer öffentlichen Anhörung während der Bestätigung seiner Beförderung zum Generalmajor erwähnte. Die Mitglieder des Parlaments, die sich über ihn beschwert hatten, konnten keine vollständigen Beweise liefern, die eine Aberkennung seiner Beförderung gerechtfertigt hätten.«

Der Senator sagte, er sehe keinen Grund für eine Offenlegung des Melo-Berichts. Er fügte allerdings

hinzu, dass er die Ermittlungen von Ausländern bezüglich der außergerichtlichen Tötungen nicht als unzulässige Einmischung betrachte: »Sie wollen nur herausfinden, ob wir den internationalen Abkommen [bezüglich der Menschenrechte], die wir unterzeichnet haben, auch nachkommen.«

Justizminister Raul Gonzales sagte, Alston hätte sich besorgt über die Behandlung von legalen Zweigen der *Communist Party of the Philippines* (CPP) durch die Regierung geäußert.

Laut Alston »betrachtet die Regierung diese legalen Zweige als Feinde«, berichtete Gonzales der Presse, nachdem er den Sonderberichterstatter der UN im Verteidigungsministerium getroffen hatte. Gonzales fügte hinzu, dass Alston darauf bestanden hätte, dass die linken Gruppen ihre Finanzmittel legal einsetzen: »Er hielt an der Position fest, dass die Finanzmittel der CPP legal sein müssten, da auch die CPP legal sei.«

Gonzales berichtete, er hätte Alston darüber aufgeklärt, dass diese legalen Zweige die Regierung bekämpft haben.

### Dokumente über die Arme der CPP

Er ergänzte, dass die Regierung im Besitz von Videobändern sei, die den leitenden politischen Berater der *National Democratic Front* (NDF) Jose Maria Sison und seine Frau zeigen, wie sie *Migrante*, *Bayan* und *Gabriela* als Zweige der CPP identifizieren.

Gonzales sagte, dass Alstons Bericht an die UN ein schlechtes Licht auf die Philippinen werfen könne, sollte er unvoreteilhaft ausfallen. »Aber«, so Gonzales, »die UN könnten keine Sanktionen gegen das Land erheben«.

Er fügte hinzu, dass das Treffen mit Alston »nicht antagonistisch« verlaufen sei und dass er glaube, Alston »entwaffnet« zu haben.

»Ich dachte, er war schon gehirngewaschen. Wissen Sie, er hat sich nicht zuerst mit der Regierung, sondern mit Karapatan getroffen«, so Gonzales.

### Anmerkungen

- 1) Malacañang ist der Präsidentenpalast in Manila.
- 2) Der Diktator Ferdinand Marcos erklärte 1972-1981 das Kriegsrecht in den Philippinen, mit verheerenden Auswirkungen auf die Menschenrechtslage im Land. Juan Ponce Enrile war während dieser Zeit Verteidigungsminister.